

Gillier Zeitung

Erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag früh.

Schriftleitung und Verwaltung: Presernova ulica Nr. 5. Telefon 21. — Ankündigungen werden in der Verwaltung gegen Berechnung billiger Gebühren entgegengenommen. Bezugspreise: Für das Inland vierteljährig Din 30.—, halbjährig Din 60.—, ganzjährig Din 120.—. Für das Ausland entsprechende Erhöhung. — Einzelne Nummern Din 1.25

Nummer 48

Sonntag, den 14. Juni 1925

50. Jahrgang

Sicherheitspakt und Entwaffnungsnote.

Den vorzüglich bewaffneten und tapferen Millionenheeren fast der ganzen Welt ist es nach jahrelangem Ringen, unterstützt von der Hungerblockade und den vierzehn Punkten Wilsons, schließlich gelungen, die kriegerische und moralische Widerstandskraft des deutschen Volkes zu brechen. Deutschland, streckte die Waffen, nicht bildlich, sondern in des Wortes buchstäblichster Bedeutung. Während rund um seine Grenzen herum die großen und kleinen Völker in Waffen starren, wurde das Deutsche Reich in einer Weise entwaffnet, die ohne Beispiel dasteht. Man hätte glauben sollen, daß seine kontrollierte und evidente Waffenlosigkeit jede Diskussion über eine diesbezügliche Gefährlichkeit des deutschen Volkes zu einer lächerlichen Absurdität stempeln und von der Tagesordnung der Weltpolitik verdrängen müßte. Dem ist aber bekanntlich nicht so. Die deutsche „Gefahr“ wurde mit dem Zusammenbruche der deutschen Kriegsmacht nicht nur nicht von der Tagesordnung der europäischen Politik abgesetzt, sondern sie ist kurzweg zum Kern der Nachkriegspolitik geworden. Die Angst vor dem entwaffneten Deutschland, die gefürchtete Gefährdung des europäischen Friedens von Seite des deutschen Staates sind natürlich nur Vorwände, durch welche die Ketten am Körper dieses großen Volkes verewigt werden sollen. Wären es keine Vorwände, sondern aufrichtige Angst, dann müßten diese Deutschen ja Götter oder Teufel sein! Denn die Welt erlebt ein Bild, das jeder Faßlichkeit spottet: man sieht einen nackten, verflümmelten, mit Ketten beladenen Leib, um den herum waffenstarrende Herkulesse stehen, mit Kriegsgerät beladen, die mit angeschlagenen Waffen verlangen, daß der Wehrlose für sie arbeite; er arbeitet wirklich; die Herkulesse aber täuschen die Angst vor, daß sie der Wehrlose überfallen könnte; bei Tag und bei Nacht bereben sie ihre größte Sorge, wie sie sich zusammen, der eine den anderen, vor dem wehrlosen Zwangsarbeiter schützen und am besten affekturieren könnten. So ist das Bild, ins Persönliche übertragen. Dieses Bild erörtern die hypnotisierten Zeitungen der ganzen Welt mit aller Ernsthaftigkeit; sie tun ganz und ohne Scham so, als ob sie an die Angst und die Affekturanzwendigkeit der waffengeschickten Herkulesse und ihrer Knappen glauben würden.

In der Entwaffnungsnote, die dieser Tage der Berliner Regierung von Seite der Entente zugestellt wurde, heißt es: „Die alliierten Regierungen halten es für wesentlich, die allgemeine Bemerkung in den Vordergrund zu stellen, daß die Gesamtheit der Verstöße Deutschlands, falls nicht schnell Abhilfe geschaffen wird, der deutschen Regierung späterhin die Aufstellung eines einheitlichen, den Gedanken des Volkes in Waffen verwirklichenden Heeres ermöglichen würde... Diese Tatsachen sind es, welche die Bedeutung jedes der festgestellten Verstöße in das rechte Licht setzen und dadurch in ihrer Gesamtheit einen für den allgemeinen Frieden so gefährlichen Charakter geben.“

Der „friedensgefährliche“ Charakter dieser Verstöße wird jedenfalls in das richtigste Licht gesetzt durch die trockenen Zahlen, welche die Friedensstärke einiger sich „bedroht“ fühlender Staaten illustrieren, wobei außer Acht gelassen werden kann, daß sie in Bezug auf Flugzeuge und die ganz modernen Kampfmittel schon überholt sind. Es besitz:

Frankreich: 786.000 Mann mit 478 Batterien leichter und 328 Batterien schwerer Geschütze, mit 1370 Flugzeugen, 5800 Tanks, 28.500 leichten und 10.500 schweren Maschinengewehren;

Belgien: 79.500 Mann, 32 leichte und 96 schwere Batterien, 257 Flugzeuge, 150 Tanks, 3600 leichte und 1370 schwere Maschinengewehre;

Polen: 250.000 Mann, 322 leichte und 99 schwere Batterien, 220 Flugzeuge, 160 Tanks, 6500 leichte und 5300 schwere Maschinengewehre;

Tschechoslowakei: 200.000 Mann, 207 leichte, 114 schwere Batterien, 500 Flugzeuge, 60 Tanks, 2500 leichte und 1500 schwere Maschinengewehre.

Das sind die eigentlichen Grenznachbarn des Deutschen Reiches, mit deren gesamter Waffenmacht, also mit 1.315.500 Mann, 1039 Batterien leichter und 637 Batterien schwerer Geschütze, 2347 Flugzeugen, 6170 Tanks (Kampfwagen), 41.100 leichten und 18.670 schweren Maschinengewehren Friedensstand, es Deutschland bei der geringsten kriegerischen Anwendung ohne Zweifel sofort zu tun befähigt.

Dazu kommen von der Entente dann noch:

Italien: mit 250.000 Mann regulären Truppen und rund 400.000 Mann Faschistenmiliz, 279 leichten und 144 schweren Batterien, 750 Flugzeugen, 100 Tanks, 6000 leichten und 3000 schweren Maschinengewehren; sowie

England mit rund 180.000 Mann, 82 leichten und 33 schweren Batterien, 650 Flugzeugen, 300 Tanks und 4000 leichten, sowie 2000 schweren Maschinengewehren; zusammen haben Italien und England 830.000 Mann, 361 leichte und 177 schwere Batterien, 1400 Flugzeuge, 400 Tanks, 10.000 leichte und 5000 schwere Maschinengewehre.

Die gesamte Friedensmacht der Franzosen, der Belgier, der Polen, der Tschechen, der Engländer und der Italiener beträgt: 2.145.000 Mann, 1400 leichte und 814 schwere Batterien, 3747 Flugzeuge, 6570 Tanks, 51.000 leichte und 23.670 schwere Maschinengewehre. Das ist eine Friedensstärke, aus der eine Kriegsstärke von schwindelnden Zahlen herausgerechnet werden kann.

Was hat nun diesen „Bedrohten“ die deutsche „Gefahr“ entgegenzustellen? Allerhand: nämlich 100.000 Mann, 72 (sage und schreibe siebenzig und zwei) leichte Batterien, keine schweren Batterien, keine Flugzeuge, keine Kampfwagen, 1134 leichte und 792 schwere Maschinengewehre! Die Flugzeuge der „Bedrohten“ würden in einem Kriegsfall den deutschen Himmel verfinstern und ihre Tanks die deutsche Erde zudecken.

Aber Deutschland soll ja gerade nicht durch das, was es offiziell, sondern durch das, was es geheim besitz, fürchtbar sein. Sieht man die Note

der Alliierten auf das hin durch, was Deutschland über das Erlaubte hinaus besitz, so findet man außer Meinungsverschiedenheiten darüber, ob einige Festungsgeschütze noch beweglich oder festmontiert sein dürfen, eigentlich nur die Angst der Entente vor der deutschen Menschenzahl und ihrer industriellen Leistungsfähigkeit. Daß die letztere im Hinblick auf eine Kriegsgefährlichkeit nicht begründet ist, geht aus der Tatsache hervor, daß die gesamte deutsche Industrie längst auf die Erzeugung von Friedensartikeln umgestellt wurde; bis sie wieder auf Kriegsmaterialproduktion eingerichtet wird, würden Monate vergehen und die Franzosen allein würden mit ihrem stehenden Heer schon längst jede Abwehr über den Haufen gerannt haben. Was aber die Menschenzahl anbetrifft, kann man von den Deutschen schließlich doch schwer verlangen, daß sie diesen „Verstoß“ dadurch gut machen, indem sie sich selbst umbringen.

Und doch, trotz der fürchterlichen Sprache der obigen Zahlen, ist große Angst. Neunzig, weil es eine deutsche Gefahr wirklich gibt. Und die wird auch gemeint. Man kann sie nur nicht gut mit Worten zum Kern der Politik machen, deshalb — der Zweck heiligt ja die Mittel — fabrizieren die Kontrollkommissionen eine deutsche Gefahr auf kriegerischem Gebiete. Die deutsche Gefahr liegt wo anders. Sie liegt darin, daß dieses Volk in seiner Arbeit nicht zu lähmen ist; sein Wesen und seine Tüchtigkeit, mit denen nicht mit gleichem konkurriert werden kann, sind die Gefahr. Dieser Gefahr sucht man mit allen Mitteln beizukommen, trotzdem dieser Gefahr die pünktliche, in der Note zugegebene Bezahlung der Reparationslasten gedankt werden muß. Daß es sich nur um diese Gefahr handelt, zeigt die schöne Einigkeit der Engländer und der Franzosen über die Antwort auf den von Deutschland — dieses wollte damit die vorgeschützte Gefahr ins Schwarze treffen — vorgeschlagenen Sicherheitspakt über die westlichen Grenzen. England ist bereit, Frankreich und Belgien zur Sicherung der Rheingrenze seine gesamten Land-, See- und Luftstreitkräfte zur Verfügung zu stellen und jede Verletzung der territorialen und militärischen Klauseln des Versailler Vertrags bezüglich dieser Grenze als Kriegsfall zu betrachten. Die tschechischen und polnischen Grenzen garantiert England nicht; diese bleiben unter dem Schutze des Völkerbundes; falls die östlichen Verbündeten Frankreichs das Ziel eines Angriffes sein sollten, wird Frankreich ermächtigt, das entmilitarisierte Rheinland als Operationsgebiet für die Unterstützung seiner Alliierten zu benutzen. Damit ist die rheinische Neutralität zwar eine Schranke für Deutschland, nicht aber für Frankreich, der ungeheure Vorteil, der für die Franzosen aus dem Pakt entsteht, liegt auf der Hand: es würde im Westen die Garantie Englands gewinnen und im Osten nicht nur die Einschüchterung Deutschlands bewahren, sondern durch die westliche Entlastung noch fester gestalten. Aus deutschen Blätterstimmen ist zu schließen, daß das Deutsche Reich auf einen solchen „Sicherheitspakt“ nicht eingehen wird.

Die Lage in China.

Es ist bekannt, daß China, das vom zahlenmäßig größten Kulturvolke der Welt bewohnt wird, von den Großmächten nur als ein riesiges Ausnützungsobjekt betrachtet wird. Die Ansichten, die unter den breiten Massen in Europa über die Chinesen verbreitet sind, haben durch den Boxeraufstand vor 25 Jahren ihre drastische Festlegung bekommen. Sie sind nichts weniger als richtig und werden dem chinesischen Menschen um in keiner Weise gerecht. Was damals der verzweifelte Ausbruch des Unwillens eines großen Volkes über seine wirtschaftliche Ausbeutung und die politische Zerstörung seiner Eigenart von Seite der „fremden Teufel“ war, mußte in der Folge dazu herhalten, die Ketten mit dem Schein von Recht nur noch fester zu schmieden. Jetzt gelangen wieder Nachrichten nach Europa, die von einer Bewegung gegen die Fremden, von Blutvergießen und von den Gefahren berichten, die ihnen in Shanghai und in anderen Städten der chinesischen Republik drohen. Die Zeitungen beeilen sich, das Mitleid der Welt für die „armen“ Europäer aufzurufen und, genau wie vor 25 Jahren, die Ausschiffung von tapferen Blaujacken der verschiedenen Flotten und ihren heldenmütigen Kampf gegen die „blutgierigen Jopsträjer“ mit der Befriedigung der Gezeiten zu begutachten.

Der Schreiber dieser Einleitung hatte während des Krieges reichlich Gelegenheit, das chinesische Volk und seine Wesensart in China selbst kennen

heraus — tragisch für die zwischen ihm lebenden Europäer gestalten können. Erich von Salzmann in Peking schreibt u. a.:

Die chinesischen Eingangszölle werden noch immer durch den Zwang der Großmächte auf einem sehr niedrigen Satz gehalten. Sie betragen zurzeit 7½%, während die Chinesen, und zwar berechtigterweise, 12½% fordern. Verglichen mit den ganz ungeheuerlichen japanischen Eingangszöllen bedeuten die chinesischen Zölle, als Belastung der importierten Fertigwaren, geradezu eine Bagatelle. Da nun sämtliche produzierenden Länder der Erde ihr Neuestes tun, um zu exportieren, während sie sich zugleich gegen den Import aus dem Gebiet ihres Nachbarn und von fernher mit allen legitimen und illegitimen Mitteln abschließen, gleiten natürlich alle Augen nach der chinesischen Küste, wo noch zwingungsweise von den Großmächten niedrige Eingangszölle aufrechterhalten werden. Das hat ein Zufließen fremder Kaufleute aller Nationen zur Folge, in einer Zahl, die sich schließlich kaum noch in einem Verhältnis zur Ergiebigkeit Chinas als Wirtschaftsobjekt befindet. China kämpft selbst mit aller Macht um die Erhöhung der Zölle, die erstmalig von den Großmächten 1917 als Entgelt dafür zugestanden wurde, daß es gegen Deutschland als aktiver Teilnehmer in den Krieg eintrat. Die weitere auf der Washingtoner Konferenz zugestandene Zollserhöhung wird von der Ratifikation des sogenannten Washington-China-Annex-Vertrages abhängig gemacht. Sieben Teilnehmermächte haben den Ver-

trag ratifiziert. Die achte, Frankreich, machte die Ratifizierung davon abhängig, daß China den bisher in Silber gezahlten, mehrmals im Jahre zu zahlenden Anteil der Boxerentschädigung nunmehr in Gold zahle. Die französische Forderung ist natürlich gänzlich unberechtigt, aber anstatt daß die anderen an einer ruhigen Machtentwicklung Chinas interessierten Großmächte dem Konflikt China—Frankreich neutral zusehen, unterstützen sie moralisch und materiell die französische Forderung an China und halten damit die eigene Entwicklung der jungen Republik außerordentlich auf.

Dieser Streit füllte das ganze Jahr 1924 aus und trägt nicht zum wenigsten dazu bei, daß sich allmählich wieder neue Abneigung gegen die Fremden entwickelt, die man heute schon als einen sich steigenden chinesischen Nationalismus charakterisieren kann. Aus diesem Nationalismus entwickeln sich jetzt oft Streik- und Boykott-Bewegungen, die den fremden Handel lokal oder generell schwer schädigen. Der fortgesetzte Eingriff der Großmächte in die souveränen Rechte des chinesischen Staates, die durch diese Eingriffe ausgelöste Herabminderung des Ansehens der Zentralregierung, die geradezu von der Gnade der fremden Seezollbehörde lebt, hat dann jene steigende Dezentralisation zur Folge gehabt, deren naturgemäßer Ausklang der Bürgerkrieg, das heißt der Kampf der Provinzen untereinander ist. Die politische Unordnung in China, das klare Ergebnis des fremden Wirtschaftseingriffs, hat die uralten Handelswege oft gesperrt, den Handel selbst gestört. Die einzelnen Provinzialmächthaber, die sich

Wem wäre es noch nicht aufgefallen, daß trotz täglicher Reinigung mit Zahnpulver oder Zahnpasta die Zähne (namentlich Backenzähne) häufig doch schlecht und hohl werden? Ist das nicht der beste Beweis dafür, daß die Mundpflege mit Pulver oder Pasta eine durchaus ungenügende ist? Die Zähne tun uns nicht den Gefallen, nur an den Stellen zu faulen, wo wir bequem mit Zahnbürste, Pulver oder Pasta hingelangen können. Im Gegenteil, gerade an denjenigen Stellen, die schwer zugänglich sind, wie Rückseiten der Backenzähne, Zahnspalten und Zahnlücken geht die Fäulnis und Verderbnis vor sich. Will man seine Zähne von Fäulnis und Verderben frei, also gesund erhalten, so kann das nur auf eine Art erzielt werden, nämlich durch tägliches Reinigen und Spülen mit einem flüssigen, wirklich unschädlichen Antiseptikum — und das ist Odol. Odol dringt beim Spülen überall hin, in die verstecktesten Mundwinkel, in die Zahnspalten, an die Rückseiten der Backenzähne usw. Es gibt außer Odol zwar noch andere flüssige Zahnantiseptica, z. B. wurden früher Lösungen von Kaliumchlorid oder von übermangansaurem Kali empfohlen, es hat sich aber herausgestellt, daß diese Lösungen die Zähne angreifen und den Schmelz zerstören. Odol dagegen ist wirklich unschädlich und schützt die Zähne vor Erkrankung und Hohlwerden. Das ist wissenschaftlich nachgewiesen. — Wir raten deshalb eindringlichst und mit gutem Gewissen allen, die ihren Mund und ihre Zähne gesund erhalten wollen, sich an eine regelmäßige Mundpflege mit Odol zu gewöhnen.

zu lernen. Die Vorurteile, die er aus der europäischen Heimat mitbrachte, schmolzen bald dahin und machten einer tiefen Beschämung Platz, die ihn beim Vergleich des chinesischen mit dem europäischen Menschen befiel. Der Durchschnittschinese ist der friedlichste, arbeitsamste, gutmütigste Mensch, den man sich vorstellen kann. Der chinesischen Intelligenz ist eine Feinheit des Empfindens, eine Höflichkeit der Manieren, eine Großmut des Herzens eigen, wie man diese Eigenschaften bei der Intelligenz keiner europäischen Nation findet. Wer aus den russischen Kriegsgefangenenlagern in chinesische zu kommen das Glück hatte, der besaß nicht Augen genug, um darüber zu staunen, wie liebenswürdig und human chinesische Offiziere, chinesische Soldaten, chinesische Zivilisten mit den Gefangenen verkehrten. Es war ein Uebertritt aus der Nacht in den Tag. Als sich der Schreiber dieser Zeilen im Frühjahr 1920 aus den Straßen Shanghais mitten in der Nacht in die einsame Peripherie dieser großen Stadt verirrt, hatte er das unbedingte Gefühl, hier sicherer seines Weges gehen zu können als an der Peripherie von Paris oder London am helllichten Tage.

Im Sonderheft des „Auslanddeutschen“ vom 21. Mai l. J. beschreibt Herr Erich von Salzmann in Peking die Lage in China. Der Artikel ist im Dezember 1924 verfaßt worden, wird also von den gegenwärtigen Ereignissen in den chinesischen Hafenstädten nicht tendenziös berührt. Er bietet eine genügende Erklärung für diese Ereignisse, die sich — aus dem tragischen Schicksal des chinesischen Volkes

trug ratifiziert. Die achte, Frankreich, machte die Ratifizierung davon abhängig, daß China den bisher in Silber gezahlten, mehrmals im Jahre zu zahlenden Anteil der Boxerentschädigung nunmehr in Gold zahle. Die französische Forderung ist natürlich gänzlich unberechtigt, aber anstatt daß die anderen an einer ruhigen Machtentwicklung Chinas interessierten Großmächte dem Konflikt China—Frankreich neutral zusehen, unterstützen sie moralisch und materiell die französische Forderung an China und halten damit die eigene Entwicklung der jungen Republik außerordentlich auf.

Dieser Streit füllte das ganze Jahr 1924 aus und trägt nicht zum wenigsten dazu bei, daß sich allmählich wieder neue Abneigung gegen die Fremden entwickelt, die man heute schon als einen sich steigenden chinesischen Nationalismus charakterisieren kann. Aus diesem Nationalismus entwickeln sich jetzt oft Streik- und Boykott-Bewegungen, die den fremden Handel lokal oder generell schwer schädigen. Der fortgesetzte Eingriff der Großmächte in die souveränen Rechte des chinesischen Staates, die durch diese Eingriffe ausgelöste Herabminderung des Ansehens der Zentralregierung, die geradezu von der Gnade der fremden Seezollbehörde lebt, hat dann jene steigende Dezentralisation zur Folge gehabt, deren naturgemäßer Ausklang der Bürgerkrieg, das heißt der Kampf der Provinzen untereinander ist. Die politische Unordnung in China, das klare Ergebnis des fremden Wirtschaftseingriffs, hat die uralten Handelswege oft gesperrt, den Handel selbst gestört. Die einzelnen Provinzialmächthaber, die sich

geteilt und in seinen Teilen die Beute seiner Nachbarn werden wird, der irrt sich gewaltig, der verkennt den tief im Chinesentum sitzenden Drang zur Staatenbildung.

Deutschland hat nur das einzige Interesse: ein einiges, großes, politisch und wirtschaftlich starkes China als einen der Garantoren des Weltfriedens am Stillen Ozean zu sehen. Die deutsche politische diplomatische Vertretung in Ostasien hat es im Jahre 1924 in glücklicher und vorbildlicher Weise im großen wie im kleinen vermieden, sich irgendwo in die Rechte Chinas einzumischen. Die deutsche Regierung lehnt es klar ab, sich an irgendeiner Gewaltaktion gegen China zu beteiligen; damit setzt sie die im Friedens- und Freundschaftsvertrage vom Mai 1921 gegenüber China festgelegte Politik logisch fort. Es ist eine Politik der Demokratie, denn sie hat die Verantwortung für das Tun des einzelnen Deutschen von der politischen Vertretung auf die Schultern des einzelnen verschoben. Unsere Landsleute haben sich heute daran gewöhnt, daß sie in dem fremden Lande, dessen Gäste sie sind, auch dessen Gesetzen unterstehen.

Dem fleißigen, nüchternen, sachlichen und weit vorausschauenden Deutschen ist es viel schneller, als seine Feinde erwarteten, gelungen, wieder in den chinesischen Handel hinein zu kommen. Ich betrachte es als ein Glück, daß kein deutscher Landsmann in die fremden Verwaltungsbehörden des Seezolls, der Post und der Salz-Verwaltung wieder eingetreten ist. Dort haben wir nichts zu suchen. Wen China bittet zu kommen, der soll sofort in

chinesische Dienste treten, aber nicht unter fremder Flagge.

So ist das Jahr 1924 abschließend ein solches weiterer Erstarkung des Deutschtums in Ostasien geworden. Der bedingte gesellschaftliche Boykott der Fremden gegen die Deutschen schweißte sie unter sich enger zusammen. Aus Eisen wird Stahl. Das Deutschtum in Ostasien richtet sich als neuer Auslandsfaktor ruhig, selbstbewußt wieder auf. Die ändern? Laßt sie kommen, wir können es abwarten. Wir sind Gäste Chinas und nicht der fremden Großmächte, die China auch heute noch oft genug ver-gewaltigen.

Die Lohnsteuer.

Wie bekannt, wurde durch § 56 des Gesetzes über die Budgetzwölftel für April—Juli 1925 eine Steuer eingeführt, die von den Bezügen der physischen Arbeiter einzuhellen ist. Für die Vorschreibung und Einhebung dieser Steuer wurden nun folgende Bestimmungen herausgegeben:

1. Durch § 56 des Gesetzes über die Budgetzwölftel für April—Juli 1925 wurde bei den physischen Arbeitern, die ihre Bezüge von Privatpersonen oder Privatunternehmungen beziehen, eine Ausglei-chung der Lohnsteuer durchgeföhrt. Die Bestimmung dieses Paragraphen lautet: „Alle physischen Arbeiter und Arbeiterinnen, ohne Rücksicht auf das Geschlecht, welche ihren Lohn nicht vom Staate beziehen, sondern von Privatpersonen oder Privatunternehmungen, zahlen vom 1. April 1925 an namens der Staatssteuer und aller anderen staatlichen und Spezialzuschläge, mit Ausnahme der Invalidensteuer und des außerordentlichen Zuschlages, 2 Prozent ihres Jahreslohnes. Hiemit werden alle anderen diesbe-züglichen Vorschriften, die bisher in den einzelnen Provinzen bestanden, außer Kraft gesetzt. Die Arbeits-ggeber haften für den Eingang der Steuer ihrer phy-sischen Arbeiter. Da diese Vorschrift über die Aus-gleichung dieser Steuer vom 1. April d. J. in Kraft tritt, wird diese Steuer für alle physischen Arbeiter bis 31. März d. J. nach den in den einzelnen Ge-genden des Staates bisher in Kraft gestandenen Vorschriften eingehoben.

2. Vom 1. April ab haben die physischen Ar-belter und Arbeiterinnen ihre Steuern und Zuschläge nach den Vorschriften des erwähnten Gesetzes zu zahlen und haben daher zu erlegen:

a) an Steuern und allen anderen staatlichen und Spezialzuschlägen zwei Prozent ihres Jahres-lohnes;

b) die Invalidensteuer nach den Vorschriften des § 54 des erwähnten Gesetzes über die Budget-zwölftel;

c) den außerordentlichen staatlichen Zuschlag nach den Vorschriften des § 150 des Finanzgesetzes für 1924/25, dessen Gültigkeit durch § 11 des er-wähnten Gesetzes über die Budgetzwölftel verlängert wurde;

d) den Vorspannzuschlag nach den Vorschriften des § 59 des Gesetzes über die Budgetzwölftel.

Von der Verpflichtung zur Zahlung der In-validensteuer und des außerordentlichen staatlichen Zuschlages spricht ausdrücklich die Vorschrift des § 56 des Gesetzes über die Budgetzwölftel und die Verpflichtung zur Zahlung des Vorspannzuschlages legt imperativ § 242 des Wehrgesetzes, bzw. § 59 des Gesetzes über die Budgetzwölftel auf, durch den die Zahlung des Vorspannzuschlages vom 1. April d. J. an angeordnet wird.

3. In den gesetzlichen Vorschriften sind die Ka-tegorien der Arbeiter, welche nach der angeführten gesetzlichen Bestimmung die Steuer zu zahlen haben, nicht angeführt. Mit Bezug auf die bisher in Kraft gestandenen Gesetze aber und wegen der leichteren und einheitlicheren Anwendung dieser gesetzli-chen Vorschrift sind als physische Arbeiter, welche von Privat-per-sonen oder Unternehmungen Lohn erhalten, an-zusehen:

1. alles Hausdienstpersonal, wie Diener, Dienst-boten, Köchinnen, Ammen, Zimmermädchen, Kutscher aller Art und ihnen ähnliche;

2. alle Kategorien von landwirtschaftlichen Tag-löhnern, wie Ackersleute, Wäher, Graber, Ernte-und Lesearbeiter und alle anderen, die als landwirt-schaftliche Dienerschaft angesehen werden;

3. alle Kategorien von Tagelöhnern in Städten und Märkten, wie Lastträger, Auslader, Straßen-lehrer und ihnen gleiche;

4. alle gewerblichen Arbeiter, wie Bäcker, Brot-erzeuger, Fleischer, Wäscher, Schneider, Schuster, Goldschmiede, Juweliere, Uhrmacher, Tischler, Maler, Schmiede, Schlosser usw.;

5. alle Arbeiter in Handelsbetrieben welcher Art immer, wie Lehrburschen, Lehrlinge, Kellner und alle Dienerschaft in Hotels, Gast- und Kaffeehäusern, K. K. Kellereien, Pensionen, Bioskopen, Varietes, Bars, in offenen Geschäften, Klubs usw.;

6. Arbeiter aller Kategorien von Privatgeschäften und Unternehmungen, welche überwiegend physische Arbeit leisten, wie Bergarbeiter, Mühlenarbeiter, Sägearbeiter, Eisenbahnarbeiter, Dampfschiffarbeiter, Biegelarbeiter, Typographen und alle anderen Ar-beiter, sowie das Dienstpersonal in Druckereien, Litho-graphien, Zinlographien, Kartographien usw.;

7. die Fabrikarbeiter in Zucker-, Spiritus-, Papier-, Leder-, Schuh-, Seifen-, Tuch-, Glas-, Zement-, Sodawasser-, Textil-, Gemischer-, metallur-gischen- und anderen Fabriken;

8. die Arbeiter in Bauunternehmungen, wie Maurer, Poliere, welche nicht im Alford arbeiten, Aufseher, Pflasterer, Zimmerleute usw.;

9. die Arbeiter bei Transportunternehmungen wie Spediteurgehilfen, Gesellen, Lehrlinge, Kutscher, Magazineure, Schiff r, Bootleute, Fährleute, das Bedienungspersonal in den Restaurationen auf Schiffen und Dampf schiffen usw.

Da die physischen Arbeiter bei autonomen Kor-porationen oder deren Industrien und Unternehmungen in den gesetzlichen Vorschriften nicht als aus-genommen angeführt werden, haben auch sie die Lohnsteuer ganz nach den Bestimmungen des § 56 des Gesetzes über die Budgetzwölftel zu zahlen. Das Dienpersonal bei diesen Korporationen zahlt, wenn es gegen fixen Gehalt angestellt ist, die Lohnsteuer nach den Steuergesetzen der betreffenden Provinz, da sich die Vorschrift des § 56 des Gesetzes über die Budgetzwölftel auf dieses Personal nicht bezieht.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Rundschau.

Inland.

Aus dem Parlament.

Auf der Mittwoch Sitzung des Parlaments wurde das Gesetz über die Agrarkredite auch in der Spe-zialdebatte abgeföhrt. Bei der namentlichen Ab-stimmung stimmten von 191 Abgeordneten 133 für und 58 gegen das Gesetz. Am Freitag kam der Bericht der Enquete über die Radic Mandate vor die Nationalversammlung.

Bulgarien und Jugoslawien.

Am Dienstag beantwortete im Parlament der Außenminister Dr. Minčić die acht Fragen des Abg. Dr. Marinković über das Verhältnis unseres Staates zu Bulgarien. Die Antwort gipfelte darin, daß die gelegentlich des Attentats in Sofia ver-breiteten Beschuldigungen unseres Staates von un-serem Außenamt erfolgreich widerlegt wurden und daß Jugoslawien am Standpunkte der Nichtein-mischung in innere bulgarische Fragen festhalte. Die darauffolgende Rede des Abg. Marinković, der be-kanntlich der Opposition angehört, gestaltete sich zu einer großen patriotischen Demonstration. Er führte aus, daß die Lage auf dem Balkan schwieriger ge-worden sei als vor dem Kriege, wo sie von den zwei Großmächten Oesterreich und Rußland zwingend bestimmt wurde. Die Vormacht auf dem Balkan sei heute Jugoslawien und es trage alle damit ver-bundenen Verantwortlichkeiten. Dabei hätte es sieben unsichere Grenzen und viele Staaten hätten sich mit den Friedensverträgen noch nicht versöhnt. Auch die militärische Kaste in Sofia sei gegen den Status quo, das Volk aber sei unter Stambulijskis Führung erwacht und wünsche eine Ausöhnung mit Jugo-slawien. Nach der umfangreichen Debatte über das Verhältnis unseres Königreiches zu Bulgarien wurde mit den Stimmen der Mehrheit der Regierung das Vertrauen ausgesprochen.

Ein Gnadengesuch Stefan Radic' an den König.

Am vorigen Samstag brachten die Beograder „Novosti“ einen sensationellen Artikel, in dem mit-geteilt wurde, daß Stefan Radic' Mitte Mai einen Brief an den König gerichtet habe, den der Mi-nisterpräsident am 28. Mai an seine Adresse be-förderte. In diesem Schreiben erkennt Radic' die Monarchie und die Verfassung vorbehaltlos an und erklärt, daß er mit ihnen vollkommen zufrieden sei. Er bittet um Verzeihung, bereut seine Tätigkeit und verspricht, daß er in Zukunft niemals wieder

etwas tun werde, was der Monarchie und der Er-starkung des Staates schaden könnte. Man möge ihm glauben und aus dieser seiner Erklärung die Folgerungen ziehen. Wie die „Novosti“ behaupten, es sei daraufhin zu den bekannten Verhandlungen zwischen Radic' und Paul Radic' gekommen. Daß in der Flut von „sensationellen“ Gerüchten, die das Verhältnis der Radicianer zu den Radikalen um-spannen, auch dieser Brief mit aller Vorsicht aufzu-nehmen ist, liegt auf der Hand.

Anklage gegen Minister Lukinčić.

Die Davidović-Partei hat durch ihre Abgeord-neten eine Anklage gegen den Minister Dr. Edo Lukinčić (selbständiger Demokrat) wegen der Se-questeraffäre Thurn-Taxis eingereicht. Dazu schreibt der Ljubljanaer „Dnevnik“: Der Justizminister Lu-kinčić ist gestern (8. Juni) aus Beograd abgereist, inognito, unbemerkt, so daß niemand was davon wußte. Er reiste nach Karlsbad ab und schickte vor seiner Abfahrt an dem Präsidenten des Parlaments einen Brief mit einem ärztlichen Zeugnis, demzu-folge er sich während sechs Wochen jeder physischen und geistigen Anstrengung enthalten muß, weshalb die Beschlußfassung über seine Anklage bis zum 29. Juni vertagt werden möge. Nach dem Gesetze über die Ministerverantwortlichkeit muß die Anklage gegen einen Minister 15 Tage nach ihrer Verteilung an die Abgeordneten vor das Parlament kommen. Die Anklage wurde am 6. Juni eingereicht und nur das Parlament kann eine Vertagung um weitere 10 Tage beschließen, weshalb das Ersuchen des Justizministers gegenstandslos bleiben dürfte. Für die Zeit seiner Abwesenheit wurde zu seinem Stell-vertreter Minister Dr. Berjav ernannt.

In Südserbien leben sie besser und billiger.

Auf der Parlamentsitzung vom 6. Juni, auf der das Gesetz über die landwirtschaftlichen Kredite im Prinzip angenommen wurde, beantwortete der Innenminister Mafimović die Interpellation der Abgeordneten der Slowenischen Volkspartei Pusenjal und Genossen über die Veretzung slowenischer Gen-darmen nach Südserbien. Er erklärte, daß für diese Veretzungen keineswegs parteipolitische, sondern lediglich dienstliche Gründe maßgebend waren, weil eine Verstärkung der Gendarmerieeinheiten in Süd-serbien notwendig war. Die Gendarmen leben dort besser und billiger als auf ihren früheren Dienst-posten. Abg. Pusenjal gab sich mit dieser Antwort nicht zufrieden; er protestierte dagegen, daß gerade die slowenischen Gendarmen in die schlechtesten Orte veretzt werden, wo sie und ihre Familien in Not leben.

Ausland.

Wieder Geld für Oesterreich.

Das Finanzkomitee des Völkerbundes hat eine Zuwendung von 88 Millionen Goldkronen aus dem Erlös der Völkerbundanleihe für die Elektrifizierung der österreichischen Bundesbahnen dem Völkerbund-rate vorgeschlagen, welcher am 9. Juni diesem Vor-schlag genehmigte. Dr. Mataja hielt bei dieser Ge-legenheit eine französische Ansprache, worin er fest-stellte, daß die durch die Genfer Protokolle vom 4. Oktober 1922 eingeleitete finanzielle Sanierung Oesterreichs voll gegliückt sei; das österreichische Bud-get sei im Gleichgewicht, die Währung stabilisiert, der Schilling habe die Krone ersetzt und in Zukunft werden die österreichischen Unternehmungen ihre Bi-lanzen in Gold aufstellen.

Italien gegen eine Donauföderation.

Das „Giornale d'Italia“ wendet sich gegen die Annahme einer Geföhrtung der Brenner Grenze. Mehr als auf den Brenner wüßte man auf den Schneeberg und auf die julische Grenze achten. Wenn je, so könnte nur von dieser Seite die Einheit Ita-liens bedroht werden. Die von der französischen Presse vorgeschlagene Donauföderation wurde die militärische Lage vom Jahre 1914 und wieder eine militärische Operationsbasis im Kreise von Tirol bis zur Adria ergeben, die für die Gegner Italiens be-sonders an den Julischen Alpen günstig wäre.

Aufhebung der Autonomie der deutschen Gemeinden in Südtirol.

Die deutschen Abgeordneten des römischen Par-laments Sternbach und Tienzl haben dieser Tage an den Ministerpräsidenten Mussolini und den Außenminister nachfolgende Interpellation gerichtet:

Die Unterfertigten fragen, wie sich eine ganze Reihe von Ausnahmsgesetzen, die sich gegen die deutsche Bevölkerung richten, mit der so oft betonten Gleichberechtigung aller Staatsbürger deckt. Diese Reihe von gesetzlichen Verfügungen ist nun noch durch eine neue Verfügung vermehrt worden, die den deutschen Gemeinden — und nur diesen — das Recht nimmt, die Gemeindefunktionäre zu ernennen, und dieses Recht auf die Präfekten überträgt. Damit wird für die deutschen Gemeinden noch jener winzige Rest von Autonomie, die ihnen die Gemeinde- und Provinzgesetze geben, vollkommen zerstört. — Man befürchtet, daß diese Knebelungsmaßnahme auch auf die slowischen Gemeinden im Küstenlande ausgedehnt werden.

Niederlage der Franzosen in Marokko.

Wie aus London gemeldet wird, hat Abd el Krim an der ganzen französischen Front die Offensive ergriffen und die Franzosen auf der ganzen Linie geschlagen. Der französische Kriegsbericht gibt zwar den Rückzug zu, erklärt aber, daß er zur Sicherung einzelner lokaler Vorteile, also aus strategischen Gründen, notwendig war.

Die Lage in China.

Nachrichten aus Peking zufolge breitet sich die Aufstandsbewegung in China immer mehr aus. Während die Haltung Deutschlands zur chinesischen Frage unbedingt neutral ist, steigern die militärischen Maßnahmen der Großmächte, bei denen England führend ist, die chinesische Agitation und den Feindschaft. Eine geistige Bewegung läßt sich durch Waffengewalt nicht unterdrücken; die Gefahr ist daher weiter im Steigen begriffen.

Aus Stadt und Land.

Die Romanfortsetzung mußte diesmal wegen Raum Mangels ausbleiben.

Aus der Marburger Gemeindestube.

Die Sitzung des Gemeinderates am Dienstag, dem 9. Juni, wurde mit einer viertelstündigen Verspätung um 17 15 Uhr durch den Bürgermeister Dr. Besković eröffnet. Nach Erledigung der üblichen Formalitäten und Verlesung der Einläufe wurde zur Tagesordnung übergegangen. Die bereits beschlossene neue Dienstpragmatik wurde durch die Systemisierung der Dienststellen ergänzt. Systemisiert wurden 10 Stellen in der I., 16 in der II., 25 in der III., 19 in der IV. und 25 in der V. Kategorie. Die Mißbilligkeiten, die zwischen der Stadtgemeinde und dem Verschönerungsverein bestanden hatten, wurden dadurch geklärt, daß man als das beiderseitige Verhältnis regelnd einen Vertrag aus dem Jahre 1877 anerkannte, wonach der Verein den Stadtpark und den Volksgarten als Bevollmächtigter der Gemeinde in seine Verwaltung übernommen hat. Von Wichtigkeit ist ferner der Beschluß, womit die Kanalisierung des Stadtviertels beim Volksgarten beschlossen wurde. Das Erwerbsergebnis hierfür wurde mit 250.000 Dinar veranschlagt. Die Bausektion beantragte außerdem Kanalisierung in der Brtna ul'ca und in der Magdalena vorstadt im Hinblick auf die bevorstehende Ausführung der Bauten der Ljubljanaer Pensionsversicherungsanstalt zwischen der Reichsstraße und dem Rindergottesdienst. Diese Anträge wurden zum Beschluß erhoben. Eine lebhaft geführte Debatte entspann sich über das Ansuchen der Theaterverwaltung um Gewährung eines Darlehens in der Höhe von 200.000 Din. auf Rechnung der Subvention für das Jahr 1926, die in der Form erfolgen soll, daß das Darlehen vorerst bei der städtischen Sparkasse aufgerahmt wird, die Stadtgemeinde aber die Garantie für die Rückzahlung übernimmt und die Zahlung sodann im Jahre 1926 geleistet wird. Dem im Nationalen Block vertretenen Parteien wie auch die Sozialdemokraten traten für die Gewährung der Unterstützung ein, wenn auch Stimmen laut wurden, die erkennen lassen, daß die Theaterverwaltung einer gewissen Kritik ausgesetzt ist. Hr. Dr. Mühlstein beantragte die Ablehnung des Gesuches. Er verwies darauf, daß die Theaterverwaltung trotz ihrer genau bekannten ungenügenden Einnahmen und trotz der geringen staatlichen Subvention ein kostspieliges Opernprogramm vorführt, wodurch die Ausgaben ins Ungemessene gesteigert werden. Diese unrationale Verwaltung findet ihr Rückgrat darin, daß die Stadtgemeinde bisher noch jedem Subventionsansuchen im vollsten Umfange entsprochen habe. Wenn die Stadtgemeinde heute schon auf Rechnung der Unterstüzung für das Jahr 1926 einen Beitrag leisten, so würde sie zweifellos noch wiederholt in Anspruch genommen werden, was zu einer unzu-

lässigen Belastung des Stadthaushaltes führen müßte, in dem oft nicht einmal für Notwendigkeiten die nötige Bedeckung zu finden ist. Da aber das Theater als ein Nationalheiligtum angesehen wird, verschlugen alle sachlichen Einwände nichts und die Subvention wurde gegen die Stimmen der Vertreter der Heimischen Wirtschaftspartei bewilligt. In der nun folgenden vertraulichen Sitzung wurden einige neu geschaffene Stellen untergeordneter Kategorien besetzt. Schließlich fanden darin verschiedene Personal- und Heimatsangelegenheiten ihre Erledigung.

Die ständigen Wählerverzeichnisse für die Stadt Celje. Der Stadtmagistrat Celje verlaubart: Auf Grund der Artikel 5, 6 und 7 des Gesetzes über die Wählerverzeichnisse vom 30. Mai 1922, Amtsblatt 184/67 ex 1922, wird verlaubart, daß die ständigen Wählerverzeichnisse für die Stadt Celje vom 12. I. M. an ständig während der gewöhnlichen Amtsstunden im Zimmer Nr. 2 des Stadtmagistrats zur Einsichtnahme aufliegen. Jedermann hat das Recht, das Wählerverzeichnis durchzusehen, abzuschreiben, zu verlaubaren und nachzudrucken, ferner, sei es für sich selbst, sei es für einen anderen, seine Berichtigung zu verlangen. Das Publikum wird aufmerksam gemacht, daß bei der Wahl nur jene wählen dürfen, die in das Verzeichnis eingeschrieben sind. Die Berichtigung des Verzeichnisses wird direkt schriftlich oder mündlich vom Stadtmagistrat oder vom Kreisgericht in Celje verlangt, von letzterem jedoch nur schriftlich.

Die Kanzlei des Wohnungsgerichtes I. Instanz in Celje (Stadtmagistrat, Hofstr. 11) ist für die Parteien an jedem Werktag von 10 bis 1/2 13 Uhr zugänglich. Außerhalb der festgesetzten Stunden und an Sonn- und Feiertagen werden Parteien nicht empfangen.

Das neue Wohnungsgericht für die Stadt Maribor und die beiden Marburger Bezirke hat bereits begonnen zu amtieren. Die Amtslokaltäten bleiben die alten (Slovs'ov trg Nr. 5, I. Stock), wohin man sich in allen Wohnungsangelegenheiten zu wenden hat.

Beim höheren Wohnungsgericht in Zagreb, das seine Tätigkeit bereits aufgenommen hat, werden bloß schriftliche Eingaben entgegengenommen, weshalb mündliche Bitten und persönliche Interventionen ganz gegenstandslos sind.

Evangelische Gemeinde. Sonntag, den 14. Juni, findet um 10 Uhr der Gemeindegottesdienst, um 11 Uhr der Rindergottesdienst in der Christuskirche statt. — Dienstag den 16. Juni, findet in der Zeit von 3 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends (15 bis 21 Uhr) die Wahl des neuen Pfarrers statt. Wahllokal ist der evangelische Gemeindefaal im Pfarrhause. Nachdem der hochverehrte Pfarrer der Gemeinde, Herr Senior Fritz May, nach mehr als 25-jährigen segensvollem Wirken infolge seines schweren Leidens sein Pfarramt niedergelegt hatte, hat die Gemeindeversammlung vom 9. Juni als einzigen Kandidaten für die erledigte Pfarrstelle den bisherigen Vikar, Herrn Gerhard May, aufgestellt. Alle stimmberechtigten Gemeindeglieder mögen sich daran beteiligen.

Bahnhofrestaurationen können es, was Sauberkeit, Nettigkeit, blendende Weiße der gedeckten Tische u. s. w. anbelangt, mit Stadtraurants in den meisten Fällen nicht aufnehmen. Das geht aus der Natur dieser Gastwirtschaften hervor, die in den vaterländischen, verrückten Bahnhofen untergebracht sind und die lediglich den raschen Bedürfnissen des durchreisenden oder wartenden Publikums aller Schattierungen zu dienen haben. Man macht diese Erfahrungen in allen Städten, sei es in Beograd, Zagreb, Ljubljana oder Wien. Man geht darüber hinweg wie über alle notwendigen Unannehmlichkeiten des Reisens: zu gemüthlicher Unterhaltung, zu ausruhenden, gefelligen Dämmerstüben setzt man sich gewöhnlich nicht in Bahnhofrestaurationen. Trifft man aber wirklich einmal eine Bahnhofrestauration, die vor Sauberkeit glänzt, die Stadtwirtschaften sojar übertrifft, wo eine vorzügliche Bedienung einem das hastige Geschwür auf den Gleisen vergessen machen könnte, dann ist man erstaunt und diese Einrichtung vermittelt den ersten, freundlichen Eindruck von der fremden Stadt. Eine solche Restauration ist ohne Zweifel die Bahnhofrestauration in Maribor. Vergleicht man sie mit den gleichen Einrichtungen in den anderen Städten, so wird man ihr den ersten Preis zuerkennen müssen. Umso verwunderlicher also ist es, wenn sich die öffentliche Kritik gerade auf ein solches Lokal wendet und es eines Mangels an Eigenschaften bezichtigt, der in anderen Städten gang und gäbe ist. Das hat in ihrer vorigen Freitagnummer die „Marburger Zeitung“

Radio-Sensation!

Am besten und billigsten bestellen Sie moderne Radioapparate und Bestandteile bei der weit u. breit bekannten Firma:

Radio-Spezialhaus u. Auslandskonzertsalon GRAZ, Neue Weltgasse 3. Telephon 2351.
 Telegrammadresse: Radiohaus Graz, Neue Weltgasse 3
 Grosses Lager moderner 1- bis 10-Lampenapparate von 1500 Din aufwärts. Komplette Anlagen. 3 Jahre Garantie. Verlangen Sie sofort Spezialofferte! Grossabnehmern gewähren wir höchste Rabatte.
 Wir bitten vor Anschaffung einer Radioanlage sich vertrauensvoll vorerst an uns zu wenden u. sich von unseren Leistungen betreffs Qualität und Preis zu überzeugen.
 Gut eingeführte Vertreter mit kleiner Kautions überall gesucht.

getan. Das Unmoralische an der Sache wird am besten durch die Tatsache illustriert, daß, als sich die Stationsverwaltung selbst gegen die unberechtigten Anwürfe verwahrte, eine „Berichtigung“ erfolgte. Wir sehen dem Zweck der Übung natürlich ohne weiters auf den Grund. Da der Restaurateur ein Deutscher ist und gerade gegenwärtig die Neubearbeitung der Gastwirtschaft aktuell ist, fühlt sich dieses in slowenischdemokratischen Diensten stehende Blatt offenbar verpflichtet, dem deutschen Wirt auch seinerseits den bekannten Geselbstritt versehen zu müssen. Die häßliche, heimtückische Rolle, die dieses Blatt allem Deutschen gegenüber spielt, wird auch durch diesen unberechtigten Angriff bestätigt. Darüber sollten die schönsten Ablebensbeschreibungen für deutsche Staatsbürger und ihre rein zweckmäßige Falschheit nicht hinwegtäuschen.

Die Nachrichten über Schweinepest, die dem Ljubljanaer „Jutro“ zufolge wegen einer im staatlichen Seruminstitut in Kriz bei erfolgten Verwechslung der Impfstoffe in Slowenien massenhaft aufgetreten ist, scheinen, wie das schon so Übung ist, beträchtlich übertrieben, wenn nicht gar erfunden zu sein. Wenigstens lesen wir im „Jutro“ vom Sonntag eine Berichtigung des Bezirkshauptmanns von Brezje, die folgendermaßen lautet: „Im Hinblick auf den Artikel in der Nummer 129 des „Jutro“ wird amtlich festgestellt, daß im Bezirk Brezje bis heute noch kein Fall von Schweinepest wegen falscher Impfung aufgetreten ist. Alle Schweine, die heuer gegen Rotlauf geimpft wurden, sind gesund.“

Der neue Eisenbahnfahrplan ist in Buchform erschienen (Redakteur D. Golč, Sektionschef im Eisenbahnministerium). Erhältlich in allen größeren Trafiken, Buchhandlungen und auf den Bahnhöfen.

Zur Austreibung des österreichischen Kellners Stürzl in Maribor nimmt das „Zagreber Tagblatt“ folgendermaßen Stellung: Ein Ljubljanaer Blatt (der „Jutro“), dessen Begründer seinerzeit besondere Duldbarkeit gegenüber den Deutschen in der Steiermark, insbesondere in Maribor, predigten, betreibt in jüngster Zeit einen besonderen Feßzug gegen Ausländer deutscher Nationalität. Insbesondere wird die hiesige Arbeitsinspektion der Begünstigung solcher Personen und falscher Berichte an das zuständige Ministerium beschuldigt. Der jüngste Fall betrifft einen im Restaurant Halbwidl angestellten Kellner, der auf Verlangen der „Orjana“ seine Stelle sofort verlassen mußte und nach Graz abreiste. Wir haben bereits vor einigen Tagen darauf aufmerksam gemacht, daß die hiesige Arbeitsinspektion keinen Einfluß auf Zurückzahlung der Ausländer besitzt, sondern das Ministerium für Sozialpolitik sich an die Berichte der Arbeitsbörse und der Arbeitskammer hält. Jener Kellner aber hatte von der Regierung selbst — da er über 10 Jahre in Maribor lebt — bis Ende 1925 Optionsfrist erhalten.

Tödlicher Unfall. Ueber Ptuj scheint heuer ein böser Stern zu stehen. Ein Unglück folgt dem anderen. So ist in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch der 25-jährige und erst einige Wochen verheiratete Fleischhauer Karl Weissenstein durch ein Autounglück ums Leben gekommen. Ein Lastenauto, mit dem er einer Kälbertransport nach Ljutomer bringen wollte, kyppte bei Ivanjovci um und begrub den nebenherstehenden Weissenstein, der abgestiegen war, unter sich. Der Unglückliche blieb mit gebrochenen Rückgrat tot liegen. Seiner Familie wird allgernein das tiefste Mitleid entgegengebracht.

Selbstmord. In Remsnil bei Marenberg hat sich der Besitzer Johann Dobnil erschossen. Der Grund für die Tat soll darin bestehen, daß Dobnil zur Zahlung von 1200 Dinar Alimenter verhalten worden war.

Berichtigung. Der bisherige Dechant in Marenberg, Herr Dr. Valentin Würil, wurde als Pfarrer nach Bransko bei Celje versetzt.

Ein neues Kaffeehaus in Maribor
wird Herr Spajk, Eigentümer „Zur Traube“, in seinem neuen Hause neben dem Pala's der Zadruga gospodarska banka errichten. Bittet wird es seine Schwester

Der Gedanke Morocutti's, schreibt der Ljubljanaer „Slovenec“ in der endlichen Besprechung des Buches „Europa und die völkischen Minderheiten“, ist sehr gut, nur muß man ihn früher oder später verwirklichen, damit doch der unmensliche internationalisierende Druck auf den nationalen Minderheiten im national überspannten Europa endlich einmal aufhöre. Von diesem Standpunkte aus müssen wir das Projekt Morocutti's begrüßen, obwohl wir mit seiner Beurteilung der Lage der Deutschen in Jugoslawien, besonders in Slowenien, nicht übereinstimmen. In Jugoslawien haben die Deutschen ihre Schulen, ihre kulturellen und politischen Rechte, soweit sie ihnen gebühren. — So? So weit sie ihnen gebühren! Nämlich nach der Ansicht des „Slovenec“. Dem reindeutschen Abfaller Becken gebühren demnach keine deutschen Schulen, den deutschen Gottscheern gebührt kein deutscher Leseverein, kein Vogelschutzverein, kein Besuch von deutschen Hochschulen, ihr mit deutschen Mitteln erbautes Studentenheim gebührt ihnen nicht. Den Deutschen in Slowenien gebühren nicht das Deutsche Haus in Ljese, die Philharmonie in Ljubljana, das Kasino in Maribor, die Vermögensführer Turnvereine; der ganze weggenommene öffentliche Besitz im Werte von vielen Millionen Dinar gebührt ihnen nicht, ebenso wenig der Gebrauch der deutschen Ortsnamen in den deutschen Zeitungen. Was gebührt ihnen dann eigentlich? Verprügelungen bei Singsangkonzerten und Studententreiben, die Bestimmung der Nationalität der Kinder durch die Behörden, die slowenische Kommandosprache bei deutschen Feuerwehren?!

Ein Streit in der „Orjuna“. Das „Zagreber Tagblatt“ berichtet zu diesem Thema: Am Schlusse des Beograder Kongresses der jugoslawischen Nationalisten wurde eine Entschliessung gefasst, in der betont wird, daß die „Orjuna“ immer auf der Grundlage der vollkommenen südslawischen Einheit und Brüderlichkeit stehen und treu zu König und Vaterland halten werde. Doch scheint sich innerhalb der „Orjuna“ trotz dieser Entschliessung schon seit längerer Zeit ein Zwiespalt vorbereitet zu haben. Denn jetzt, nach dem Kongresse, erzählt man, daß

das Mitglied des Hauptausschusses der „Orjuna“ und Obmann der Organisation für Kroatien-Slawonien, Borislaw Antjefkovic, diese seine Ehrenstelle niedergelegt hat mit der Begründung, daß mehrere Organisationsmitglieder während des Kongresses parteipolitisch aufgetreten wären. Er habe im Verein mit einer Gruppe führender Orjunaschen verlangt, daß in der Entschliessung diese Haltung der erwähnten Mitglieder scharf getabelt werde, doch sei diesem seinem Wunsche nicht willfahrt worden. Diese Umstände hätten ihn und seine Gesinnungsgenossen bewogen, aus der Leitung des Verbandes auszutreten.

Wirtschaft und Verkehr.

Das neue Budget. Der neue Staatsvoranschlag, welcher dieser Tage dem Parlament vorgelegt wurde weist an Ausgaben 11.910 Millionen Dinar aus, die sich in Millionen Dinar folgendermaßen verteilen:

1. Oberste Staatsverwaltung	1076
2. Justiz	279
3. Unterricht	749
4. Religion	115
5. Innere Angelegenheiten	606
6. Gesundheit	317
7. Aeußeres	227
8. Finanzen	1767
9. Krieg und Marine	2248
10. Öffentliche Arbeiten	474
11. Eisenbahnen	2234
12. Post	409
13. Ackerbau	277
14. Bergwerke und Silber	359
15. Handel	91
16. Sozialpolitik	459
17. Agrarreform	75
18. Konstituante	642
19. Reservekredite	140

Die Einnahmen sind folgendermaßen in Millionen Dinar vorgesehen:

1. Zoll und Zollogen	1690
2. Verzehrungssteuer und Logen	1810
3. Monopol	2468
4. Gewinn beim Geld	163
5. Umsatzsteuer	225

6. Eisenbahnen	2462
7. Postsparkasse	15
8. Invalidentsteuer	140
9. Seesteuer	70
10. Außerordentlicher Zuschlag (500% auf Grund und 30% auf Einnahmen	500
11. Staatsgüter	235
12. Steuern	910
13. Staatswirtschaft	1120
14. Verschiedene Einkünfte	101

Der neue Staatsvoranschlag ist um ungefähr 400 Millionen Dinar kleiner, als er nach den Budgetzöwölfteln sein müßte.

Der teuerste Zucker in Europa wird bekanntlich in Jugoslawien konsumiert. Deshalb richtete der Abg. Bojic der Landwirtschaft eine Interpellation an den Handelsminister, die diese Tage im Parlament verhandelt wurde. Am Sonntag fand in Beograd ein von 16 Vereinen einberufene Protestversammlung der Zuckerkonsumenten statt, auf der verlangt wurde: 1. daß der Zuckerkartell zerschlagen werde; 2. daß die Regierung im Parlament angeklagt werde, weil sie das Preisstreibergesetz nicht anwendet; 3. daß der Schutzzoll auf Zucker entfernt und so die Konkurrenz der ausländischen Zuckerproduzenten ermöglicht werde; 4. daß die Verzehrungssteuer ermäßigt und 5. daß ein Verein der Konsumenten behufs Bekämpfung der Ausnützung gegründet werde.

Die Lage der Industrie in Slowenien ist bekanntlich nicht rosig. Wenn auch völlige Betriebs einstellen nur vereinzelt vorkommen, hat doch ein Großteil der Fabriken ihren Betrieb auf ein Minimum reduziert. Die Folge ist steigende Arbeitslosigkeit. Die Dinarsteigerung hat auch noch den geringen Schutz, den der Zolltarif der heimischen Industrie verlieh, illusorisch gemacht.

Für die Einführung des Goldstandards, wie dies schon in Amerika, Frankreich und England der Fall ist, haben sich die Teilnehmer an der Jahresversammlung des Verbandes der kroatischen Industriellen, die am 8. Juni in Zagreb stattfand, eingesetzt. Ferner beschäftigte sich die Versammlung eingehend mit der Frage der Verwendung ausländischer Arbeiter. Es wurde die Notwendigkeit betont, in unserem Staate die Beschäftigung von 5 bis 10% qualifizierter Arbeiter aus dem Ausland zu ermöglichen.

Kurze Nachrichten.

Ministerpräsident Cankov teilte der Botschafterkonferenz mit, daß die nach dem Attentat in Sofia einberufenen 10.000 Reservisten bereits abgerüstet haben. — Die Stodawerke in Pilsen haben sich mit der Automobilfabrik Laurin und Clement vereinigt. — Der Minister des königlichen Hofes in Beograd Jankovic verließ seinen bisherigen Posten und geht als Gesandter unseres Staates nach Madrid. — Einige Kaufleute in der Wojwodina, die die Bezahlung der ihnen vorgeschriebenen Steuern verweigerten und falsche Umsatzangaben machten, sind zu ungeschwehlichen Straffungen, in einem Falle zu 5 Millionen Dinar, verurteilt worden. — In der vatikanischen Bibliothek in Rom soll ein unbekanntes Manuskript der Annalen von Lucius gefunden worden sein. — Katalonische Studenten wollten in der Nähe von Barcelona eine Bombe in einem Tunnel zur Explosion bringen, durch den der Hofzug des spanischen Königspaares zerstört werden sollte. Das Attentat wurde vereitelt, die Verschwörer befinden sich in Haft. — In Maribor sollen von der Gemeinde die ehemalige Artilleriefaserne, die jetzt Eigentum der Slavenska banka ist, und die große Infanteriefaserne in Melsje zu Wohnungszwecken hergerichtet werden, wodurch 500 Kleinwohnungen frei werden könnten. An der Durchführung dieser Pläne wird gezweifelt. — In Nova Pazova warf sich die 28-jährige Lehrerin Danica Bozickovic vor eine Lokomotive, nachdem sie von einem Besuche bei ihrem Bruder, einem geisteskranken Hauptmann, gekommen war. — In Novisad beschlossen der 19-jährige Jüngling Hermann Kramer und seine 22-jährige Geliebte Erika Berth, gemeinsam in den Tod zu gehen, weil die Eltern des Jünglings eine Heirat verwehrten. Während Kramer von dem Eisenbahnzuge zertrümmert wurde, ließ seine Braut seine Hand im letzten Augenblick los und blieb so gesund. — In einem Beogradser Restaurant erschien dieser Tage der Chef der Polizei in Begleitung von vier eleganten Herren und verlangte die Legitimationen von drei dort beschäftigten Kellnerinnen, die er dann in sein Auto verpackte und fortführte. Dieser „Polizeichef“ war eine Fälschung

und nun ist Polizei si befasst daran, den mysteriösen Fall zu klären. — In Zagreb ist die städtische Behörde daran gegangen, von den Gast- und Kaffeehausbesitzern Speise- und Getränkearten abzuverlangen, um die Preise behördlich zu ermäßigen oder zu genehmigen. Das bedeutet, nicht ohne Schuld der Gastwirte, die Rückkehr zur Kriegs- und Nachkriegspreisen. — Die Zentralbank für Handel, Gewerbe und Industrie in Zagreb wurde dieser Tage liquidiert. Die Liquidation führt die erste kroatische Sparkassa durch, an die schon früher die Industrien und Filialen der zusammengebrochenen Bank abgestoßen wurden. — In der Wojwodina sollen sämtliche deutschen Gemeindevorstände entlassen oder pensioniert werden, da in Zukunft deutsche Gemeindevorstände nicht mehr amtieren dürfen. — Das Uebereinkommen zwischen Italien und Jugoslawien bezüglich der Stadt Fiume, das am 27. Jänner 1924 in Rom abgeschlossen wurde, ist dieser Tage von der römischen Kammer mit 234 gegen 5 Stimmen ratifiziert worden. — Der Friseur Anton Tapon gab sich als Kopten aus und es gelang ihm, in dieser Eigenschaft nicht nur an der Tafel des Fürstbischofs von Prag zu sitzen, sondern sich in Pererob bei Pererob bei allen Frauenzimmern so in Ansehen und Beliebtheit zu setzen, daß sich einige Frauen der Verhaftung ihres „geliebten“ Seelenhirten sogar mit Gewalt widersetzten. — In den Vereinigten Staaten kommen jährlich auf jeden Bewohner 628 Zigaretten, in Deutschland 599, in Belgien 513, in Italien 284 und in Frankreich 249 Zigaretten. Unser Staat ist in dieser Statistik nicht ausgewiesen; der Ljubljanaer „Zitro“ meint, daß er sicherlich nicht an dieser Stelle stehe, da ja bekannt sei, daß die Balkanraucher wie die „Türken“ rauchen. — Bis 30. Mai waren nach Rom als Wallfahrer des heiligen Jahres gekommen: 26.600 Deutsche, 26.000 Franzosen, 6000 Engländer, 4600 Jugoslawen, 3900 Spanier, 2380 Portugiesen, 5000 Nordamerikaner, 3500 Südamerikaner, 3000 Ungarn, 2300 Skandinavier, 3400 Belgier, 1930 Schweizer und 250.000 Italiener. — Der berühmte französische Astronom Camille Flammarion ist am 4. Juni in seiner Sternwarte Juvisy im Alter von 83 Jahren gestorben. — Der Polizeichef der Stara Kanja Gradvoj Sunbulov wurde dieser Tage dem

Gerichte in Subotica eingeliefert, weil sich herausgestellt hatte, daß er gleichzeitig magyarischer Spion und kommunistischer Agitator war; er wurde vom Gericht als schuldlos freigelassen, auf der Straße aber von einem Detektiv des Innenministeriums wieder verhaftet und nach Beograd überführt. — Ganz Indien verehrt gegenwärtig in einem 4-jährigen Kinde armer Bauern den wiedererstandenen Buddha. Das Kind hält täglich eine zweistündige Ansprache an die Pilger und liest die heiligen Bücher im Urtext, die es mühelos in die Bulgärsprache übersetzt. — Dem Stinneskonzern in Deutschland, dieser gewaltigen Schöpfung Hugo Stinnes, scheint nach dem Tode seines genialen Begründers die richtige Führerhand zu fehlen. Die Blätter schreiben von einem Wanken des Riesenkonzerns, in Wirklichkeit handelt es sich um den Übergang aus der Inflationszeit zur stabilisierten Gegenwart und um den Abbau einiger überflüssig gewordener Unternehmungen. — Der österreichische Nationalrat hat das von Finanzminister Ahrer entworfene Goldbilanzgesetz angenommen, das Klarheit in die infolge der Inflation verworrenen Wirtschaftsverhältnisse bringen, freilich aber auch zeigen wird, wie sehr die Wirtschaft Oesterreichs verarmt ist. — Das 25-jährige Regenerationsjubiläum des italienischen Königs wurde am 7. Juni in ganz Italien auf das feierlichste begangen. — Dr. Seipel wurde in Innsbruck zum Ehrendoktor der dortigen theologischen Fakultät promoviert. — König Boris von Bulgarien hat das Todesurteil gegen Peremiljew bestätigt, während er die Franzosen Abele Nikolow und Eugen Leger zu lebenslänglichem Kerker benutzte. — Die Hauptstadt der Insel Samoa ist von einer 400 Köpfe zählenden Räuberbande „eingegenommen“ worden und 500.000 Drachmen Staatsgelder geraubt. — In Chicago wurde ein besonders schwerer Junge, König der Einbrecher, mit dem größten Pomp zu Grabe getragen. 20.000 Galgenbögel schritten tief trauernd hinter dem Sarge her. — In Italien wurde die Feier des Jahrestages der Ermordung Matteottis von den Faschisten verhindert. — Der spanische Gesandte in Beograd Don Miguel de Castegrada wurde am 8. Juni im Beogradser Hafen, wo er von Budapest ankam, vom Schläge getroffen und starb.

Hallo! Reisende!

Damen und Herren finden ausgezeichnete Verdienstgelegenheit durch Besuch von Privatkundschaft mit einem hervorragenden Artikel. Keine Vorkenntnisse erforderlich. Vorzustellen bei **Kummer** vom 11. bis 14. Juni in **Maribor, Hotel „Drei Möhren“**. Vom 14. bis 18. Juni in **Ljubljana, „Hotel Union“**.

Maschenschlosser

zu Reparatur und Drusch mit Motorgarnitur auf Nutzteile gesucht. Anfragen an **Martin Amsz, Schloss Mayerberg, Celje**.



Tel. 434
int.

Spezialist für Büromaschinen
Ivan Legat, Maribor,
Vetrinjska ulica 30.

Geschäftshaus

prima Posten, solider Bau, ebenerdig, alles gewölbt, mit Magazinen und Keller, worauf seit 1787 die Gemischtwarenhandlung geführt wird, ist wegen Alters des Besitzers zu verkaufen. Anfragen sind an den Eigentümer **Johann Pungarscheg, Slovenjgradec**, zu richten.

Wegen

Uebersiedlung

des Geschäftes von der Gosposka ulica Nr. 4 in das Haus Gosposka ulica Nr. 27 werden alle Damen- und Herren-Strohhüte und Modelle ab 1. Juni mit 20% Nachlass verkauft. **Frane Cerar, d. z. o. z., tovarna slamnikov in klobukov, Domžale**. Verkaufsort: **Celje, Gosposka ul. 4**.

Einfamilienhaus

in **Celje**, 3 Zimmer, Küche, Speis, Badezimmer, grosse Kellerräume, Waschküche, Gemüsegarten, wegen Uebersiedlung zu verkaufen. Adresse in der Verwaltung des Blattes. 30972

Junge Wolfshunde

reinrassig, 8—12 Wochen alt, hat stets abzugeben zum Preise von 500 Dinar incl. Kiste ab Station **Zdenčina bei Zagreb** der Schäferhundzwinger **Ribograd in Zdenčina bei Zagreb**. — Wo ein Wolfshund wacht, dort gibt es keinen Diebstahl oder Einbruch!

Gelegenheitskauf!

Verschiedene Möbel

eine Plüschgarnitur (Dekorationsdivan mit 2 Fauteuils), Kredenz, Speisetisch und Sesseln, Nippsachen, Teppiche, vorzüglicher Salonfügel zu verkaufen. **Prešernova ulica 3, I. Stock rückwärts**.

Zwei Zimmer

mit je einem Bett für den Monat August, womöglich in der Nähe der Sann, werden gesucht. Anträge an die Verwaltung des Blattes. 30983

Zu verkaufen

runder Tisch mit Marmorplatte, Verkaufsbüdel und verschiedenes wegen Auflösung des Geschäftes. **Praschen, Gosposka ulica 4**.

Billige Wirtschaft

Geschäft- und Zinshaus mit Delikatessen- und Weinverkauf, sieben sofort verfügbare Wohnräume, Lokal, Garten, Keller, in **Maribor-Studenci, Slomškova ulica 5**, neben der Kirche und Bahnwerkstätte gelegen, verkauft Eigentümer **Segovitsch**. 135.000 Din. Ausnahmepreis.

DRUCKEREI



CELEJA

liefert rasch und billigst:

Briefpapiere und Kuverts, Facturen, Memoranden, Geschäfts-Bücher, Plakate und alle sonstigen Reklamedrucksachen etc. **Celje, Prešernova ulica Nr. 5**

ACHTUNG BÄCKER

Das beste Gebäck bei geringsten Regiespesen erzielen Sie nur durch den Gebrauch des ältesten, durch zwanzig Jahre im Bäckergewerbe erprobten Mittels

„DIAMALT“

Fabrikat
Hauser & Sobotka A.G.
Wien-Stadlau

flüssige Malzextrakt-Vorkriegsqualität.
Verlangen Sie Probesendung und Gebrauchsanweisung, welche gratis und franko zugeschickt werden. — Generalvertretung für das Königreich SHS: **Eduard Dužanec, Zagreb, Strössmayergasse Nr. 10**

Erhältlich für **Celje und Umgebung bei Firma GUSTAV STIGER** Grosshandlung **Celje, Glavni trg**

FISCHEREI-SPORTARTIKEL

zur Saison, als: Angelstöcke, einfach und gepolste, auch Bambusstöcke in ganzen Stücken, Rollen, Haspeln, Weitwurfrollen, Hanf-, Seiden-, Hecht-, Schnüre und Garne, Angeln, Doppelhacken, Drillinge, Seidendarme, Silk-Gut u. Amalgamvorfächer, Ketschernetze und Hacken, Schwimmer, Kunstfliegen sowie alle Utensilien zur Sportfischerei, für Forellen, Aeschen, Weissfische, Barben, Hecht und Huchenfischerei empfiehlt von billigster bis feinsten Ausführung bei streng fachmännischer Bedienung

ADOLF PERISSICH, CELJE, Slomškov trg 3—4
hinter der Pfarrkirche.

Reparaturen und Spezialanfertigungen, Auskünfte bereitwilligst. — Verkauf en gros und détail. — Preisliste auf Wunsch.

Gnäd' Frau! Spezerei- und Kolonialwaren, besonders aber Kaffee, weil täglich frisch gebrannt, kaufen Sie am besten bei der Firma

Stiger



Celje, Glavni trg Nr. 3

Telephon Nr. 34

Allen die uns anlässlich des Heimganges unserer teuren Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter und Tante, der Frau

Josefine Hofmann

teilnehmend zur Seite gestanden, sagen wir für die vielen schönen Kranz- und Blumen-spenden und das ehrende Geleite den innigsten Dank.

Celje-Graz, 11. Juni 1923.

Die Familien

Hofmann, Goriup, Muhry-Stallner.